

des vorigen Jahres zum Ausdruck gebracht hat. Darin sagt Herr Ministerpräsident Grotewohl unter anderem:

Unsere Regierung ist eine Regierung der Arbeit, der Demokratie und des Friedens.

In dieser geplanten Wirtschaft ist die Mitbestimmung der Freien Deutschen Gewerkschaften, der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe und anderer Massenorganisationen der schaffenden Menschen fest verankert und die Garantie für den Erfolg der neuen demokratischen Ordnung.

Unter großen Entbehrungen wurde zunächst die Produktion verbessert und erhöht, und diese verbesserte und erhöhte Produktion kommt jetzt den arbeitenden Menschen zugute.

Mit diesen wenigen Worten habe ich bereits aufgezeigt, wie die Regierung bemüht ist, ihre Politik durchzuführen. Man muß sich nochmals den Weg vergegenwärtigen, den wir in den letzten Jahren zurückgelegt haben, um den großen Fortschritt, der in diesem Gesetz zum Ausdruck kommt, voll und ganz zu erfassen.

Als im Mai 1945 die nazistischen Verbrecher durch den Sieg der Sowjetarmee von der politischen Bühne abtreten mußten, ließen sie in ganz Deutschland wie in weiten Teilen Europas ein Trümmerfeld zurück. Die fortschrittlichen Kräfte in unserem Teile Deutschlands gingen vereint mit den Frauen und Männern der zerstörten Städte in Berlin und Magdeburg, in Leipzig, Dresden und vielen anderen Orten mit Überzeugung und großem Einsatz daran, die Trümmer zu beseitigen, die das Naziregime hinterlassen hatte. Der Glaube und das Wissen der Kräfte der Demokratie und des Friedens wurden gestärkt durch die Worte des großen Führers des sowjetischen Volkes, Stalin, der bereits im Februar 1942 sagte:

Die Erfahrungen der Geschichte besagen, daß die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk und der deutsche Staat bleiben.

Die Macht der Junker und Monopolkapitalisten, der Kriegshetzer und der reaktionären Bürokraten wurde gebrochen. Die Betriebe der Kriegs- und Naziverbrecher in unserer Republik wurden in Volkseigentum überführt. In den volkseigenen Betrieben haben die Arbeiter und Angestellten gezeigt, daß sie in der Lage sind, ihren Betrieb besser zu leiten und zu führen, als es vorher die Vertreter der Konzerne, der Truste und Syndikate getan haben. Sie haben gezeigt, daß sie auch ohne diese Herren gut auskommen.

In den Jahren 1946 und 1947 waren es die Aktivisten aus den Reihen der Arbeiter, die den Anstoß gaben, der zum Aufschwung unserer demokratischen Wirtschaft führte. Dieser Aufschwung kommt zum Ausdruck in der Übererfüllung des Volkswirtschaftsplans für 1949, in den Resolutionen vieler volkseigener Betriebe, den Zweijahrplan 1949/50 vorfristig zu erfüllen, im Abbau der Karte IV, in der besseren Versorgung der Werktätigen mit Lebensmitteln und Textilien und in der bereits viermal durchgeführten Preissenkung in den HO-Geschäften. Er kommt aber auch zum Ausdruck im Ausbau von Kulturhäusern in den volkseigenen Betrieben und den MAS, in der Bereitstellung vieler Millionen Mark für kulturelle Zwecke, die im Volkswirtschaftsplan 1950 für den Ausbau und den Unterhalt von Theatern und Museen vorgesehen sind, im Ausbau der Arbeiter- und Bauernfakultäten, im Ausbau der Polikliniken, im verstärkten Wohnungsbau, im Bau von Sportstätten. Dieser Aufschwung führte zur Festigung der demokratischen Ordnung in unserer Deutschen Demokratischen Republik. Die Erfahrung zeigt, daß die Aktivisten in den Betrieben nicht nur eine ökonomische Kraft geworden sind, sondern daß die Aktivistenbewegung gleichzeitig eine starke politische und nationale Kraft geworden ist.

Dieses Gesetz der Arbeit hat nicht nur eine Bedeutung für die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik, sondern geht weit über unsere jetzigen Grenzen hinaus. Es wird ein Beispiel sein, daß ein solches Gesetz nicht nur bei uns, sondern auch in Westdeutschland möglich ist, wenn die Arbeiter und die fortschrittlichen Kräfte in Westdeutschland für die Verwirklichung der Potsdamer Beschlüsse kämpfen.

Das Gesetz der Arbeit zeigt, wie die Werktätigen ihr Recht auf Arbeit, ihr Recht auf materielle und kulturelle Verbesserungen erkämpfen und verwirklichen können. Im Programm der Nationalen Front des demokratischen Deutschland heißt es deshalb richtig:

Am Vorbild der Deutschen Demokratischen Republik sehen alle patriotisch und demokratisch gesinnten Deutschen, daß es trotz der gewaltigen Verheerung des Krieges möglich ist, eine krisenlose Wirtschaft aufzubauen, ohne die Degradierung der Deutschen durch Erwerbslosigkeit, Kurzarbeit, ohne Stilllegung von Betrieben, ohne steigende Absatzschwierigkeiten.

So erweist sich der demokratische Weg als der einzige Weg des Aufstiegs. Der andere Weg, der Weg der amerikanisch-englischen Imperialisten, der Weg des Statthalters Adenauer, der Weg der Verräter und Saboteure am Potsdamer Abkommen, das die Demokratisierung und Einheit Deutschlands vorsieht, würde zur Vernichtung des deutschen Volkes führen. Die täglichen Manöver der amerikanischen Besatzungstruppen und die militärischen Provokationen in Westberlin, denen das taktische Ziel zugrunde liegt, „sozial unzufriedene Menschen“ von den Straßen und Plätzen zu verdrängen, nachdem man die 300 000 Arbeitslosen in Westberlin von ihren Arbeitsplätzen verdrängt hat, zeigen, wohin der Weg der Reuter und Schumacher, der UGO-Führung und der westdeutschen Gewerkschaftsbürokratie führt. Mit diesen Manövern wird die Entwicklung der Demokratisierung Deutschlands nicht aufgehalten. Statt dessen aber mehren sich die Selbstmorde in Berlin, die monatlich bereits 150 bis 160 betragen.

Die Förderung und Pflege der Arbeitskraft, wie es in unserem Gesetz heißt, gibt es in Westdeutschland nicht. Demgegenüber steht in Westdeutschland verstärkt die koloniale Ausbeutung und Verhöhnung der deutschen Arbeiter. Lassen Sie mich dafür nur zwei kurze Beispiele bringen! In der Zeitung der rheinisch-westfälischen Industriellen vom 28. März steht als Beispiel für die koloniale Ausbeutung Westdeutschlands folgendes — das sagt ein Vertreter der amerikanischen Industriellen —: „Wir wollen in Westdeutschland eine Revision der deutschen Steuerpolitik dergestalt, daß neu zufließendes Auslandskapital mit einer Gewinnchance von etwa 15% als gesichert erscheint.“

(Hört, hört!)

Von einer derartigen 15prozentigen Dividende müßten etwa 8% als transferierbar garantiert werden, „während“, so schreibt das Blatt weiter, „keine Bedenken bestünden, die restlichen 7% in Westdeutschland investitionspflichtig zu belassen“. — Das ist das typische Bild, wie man ein Kolonialland aussaugen und ausbeuten will und wie man Westdeutschland noch mehr in koloniale Ausbeutung bringen will.

Die Verhöhnung der deutschen Arbeiter in Westdeutschland kommt in dem zum Ausdruck, was dieselbe Zeitung der Ruhrindustriellen in ihrer Nummer vom 16. März dieses Jahres über das Mitbestimmungsrecht schreibt. In diesem Artikel heißt es: „Eine der wichtigsten Fragen ist die, ob die Betriebsratsmitglieder nach dem heutigen Stand überhaupt die Fähigkeit haben, das Mitbestimmungsrecht auszuüben,

(hört, hört!)